

# **BUDGET 2000**

## **Hohes Sicherheitsniveau**

***Das Budget des Innenressorts für das Jahr 2000 ist weit besser als erwartet: Die vom Finanzministerium vorgegebenen Einsparungen konnten um die Hälfte reduziert werden.***

"Es werden keine Gendarmerieposten geschlossen, auf der Straße wird nicht gespart, auch nicht bei der Kriminalitätsbekämpfung", kommentierte Innenminister Dr. Ernst Strasser den Entwurf des Bundesvoranschlags für das Innenressort. Ursprünglich war vom Finanzministerium eine Einsparung um 2,5 Prozent beim Personal und 15 Prozent bei den Ermessensausgaben gefordert worden. Innenminister Strasser konnte bei den Verhandlungen mit dem Finanzminister diese Zahl um die Hälfte reduzieren. Mit 23,2 Milliarden Schilling ist das Budget des Innenministeriums heuer um 400 Millionen Schilling höher als vom Finanzministerium vorgegeben worden war. Für Personalausgaben sind 16,7 Milliarden Schilling budgetiert – um 245 Millionen mehr als 1999 ausgegeben wurden und um 70 Millionen mehr als es die Vorgabe des Finanzministeriums vorsah. 6,5 Milliarden Schilling sind für Sachausgaben vorgesehen – 330 Millionen mehr als ursprünglich vorgegeben. Für die Sachausgaben der Bundespolizei stehen heuer 1.555 und der Bundesgendarmerie 1.866 Millionen Schilling zur Verfügung.

Im Stellenplan 2000 war vom Finanzministerium eine Reduktion um 840 Planstellen gefordert worden. Tatsächlich muss mit 420 Planstellen die Hälfte eingespart werden.

Keine Einsparungen gibt es im Kriminaldienst. Damit soll weiterhin die wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität gewährleistet werden; insbesondere die Bekämpfung der Schlepperei, des Menschenhandels, der Suchtgiftkriminalität, der Geldwäsche und der Internet-Straftaten.

Die Gewaltprävention wird verstärkt. Für die Opferschutzeinrichtungen stehen heuer viermal so viele Mittel zur Verfügung wie 1999. Österreich wird weiterhin seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen: die Auslandseinsätze sind gesichert. Im Juni werden vier Tatortspezialisten im Kosovo eingesetzt. Keine Einsparungen wird es auch bei der Verkehrsüberwachung geben.

"Die Konsolidierung des Budgets ist ein nationales Anliegen", sagte der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Erik Buxbaum. "Daher müssen alle sparen. Auch die Sicherheitsverwaltung ist von diesem Auftrag nicht ausgenommen. Das Ressort hat sich aber bemüht, möglichst wenig Einsparungen hinnehmen zu müssen, damit das hohe Sicherheitsniveau in Österreich nicht gefährdet wird."

Ministerialrat Reinhard Steinert, Leiter der Gruppe Bundespolizei im Innenministerium, weist auf die erfolgreichen Bemühungen des Ressortchefs hin, die vom Finanzministerium vorgegebenen Einsparungsziele zu reduzieren. "Sparmaßnahmen sind nie erfreulich, trotzdem wird sich die Sicherheitsexekutive bemühen, die an sie gestellten Anforderungen bestmöglichst zu erfüllen und das hohe Sicherheitsniveau auch weiterhin zu halten."

"Es ist für uns ein ordentliches Budget. Wir haben nahezu die gleiche Summe wie im Vorjahr zu Verfügung", sagte Gendarmeriegeneral Oskar Strohmeyer. Der laufende Dienstbetrieb bei der Gendarmerie sei gewährleistet. Heuer würden etwa 350 Krafffahrzeuge ausgetauscht. 181 Planstellen werden bei der Gendarmerie eingespart; nach den Wünschen des Finanzministers wären es 391 gewesen. "Wir werden diese Planstellen nicht mit der Rasenmähermethode einsparen", kündigte Strohmeyer an. Mit den Führungskräften der Gendarmerie würden sinnvolle Einsparungsmöglichkeiten gesucht.

Ein großer Teil der einsparungsbedingten Nachteile im Innenressort wird abgefedert durch den verstärkten Einsatz der EDV und anderer technischer Ressourcen sowie durch eine weitere Straffung von Verwaltungs-abläufen.

Höhere Ansprüche für Exekutivbeamte. Innenminister Ernst Strasser plant, die Rahmenbedingungen für jene zu verbessern, "die für uns den Kopf hinhalten." So soll sich die Exekutive auf ihre ursächlichen Aufgaben konzentrieren können wie zum Beispiel Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Verkehrsüberwachung. Strasser: "Wir wollen gemeinsam eine weitere Entbürokratisierung. Wir wollen Sicherheitsprofis und keine Formularexperten."